



Das Bunkerkrankenhaus

Nie genutzt – aber gut erhalten: Das Hilfskrankenhaus Gunzenhausen. **S. 3**



Wal strandet erneut

Drama um Buckelwal in der Ostsee nimmt kein Ende. **Journal**

Machtwechsel in Bulgarien

Russlandfreundlicher Rumen Radew gewinnt Präsidentenwahl. **Seite 5**



AUS DER REGION

Erst der Mensch, dann das Geld

In St. Severin taucht Kultusministerin Anna Stolz bei einem Besuch der Caritas-Förderzentren kurz ein in die Betreuung behinderter Schüler. **Seite 19**

Marie kämpft sich ins Leben

Als kleinstes Frühchen Bayerns kam Marie aus Fürstzell 2025 zur Welt. Jetzt hat sie ihren ersten Geburtstag gefeiert und entwickelt sich gut. **Seite 29**

„Wärmewende“ als Ziel

Die Vertreter der zehn Mitgliedsgemeinden der ILE Abteiland haben sich bei ihrer Sitzung in Hauzenberg mit der kommunalen Wärmeplanung beschäftigt. **Seite 25**



IM BLICKPUNKT

Auch NRW stimmt für Olympia

Nach Bayern hat sich auch NRW in Bürgerentscheiden mit 66 Prozent klar für eine Bewerbung um Olympische Spiele ausgesprochen. **Sport**

Iran: Wird weiter verhandelt?

Am morgigen Mittwoch läuft die Feuerpause im Iran-Krieg aus. Ob und in welcher Weise weiter verhandelt wird, ist noch ungewiss. **Seite 5**

SERVICE

Börse: Dax im Rückwärtsgang

Dax: 24 417,80 Punkte (- 1,15 %).
Top: RWE 57,28 Euro (+ 2,47 %).
Flop: MTU 331,10 Euro (- 4,33 %).

Das Wetter in der Region



Infos: www.pnp.de/wetter und auf

Seite 16

**Heimatsport
Fernsehprogramm
Familienanzeigen**

**Seiten 27, 28
Seite 17
Seite 24**

Internet

www.pnp.de



Erpresser-Mail an Hipp: Zwei Millionen Euro gefordert

Pfaffenhofen/Ingolstadt. Der perfide Erpressungsversuch gegen das Pfaffenhofener Unternehmen Hipp weitet sich vom österreichischen Burgenland auch auf Tschechien und die Slowakei aus: Auch dort haben Unbekannte vereinzelt Babykostgläser mit Rattengift versetzt und in Umlauf gebracht. Nach Auskunft des Polizeipräsidiums Oberbayern Nord wurden fünf manipulierte Babynahrungsgläser sichergestellt – ein sechstes wird noch in Österreich vermutet. Die dortige Polizei hat die Suche nach diesem Breiglas am Montag ausgeweitet. In Deutschland sind hingegen keine mit Gift verunreinigten Hipp-Gläser bekannt – und auch der Rückruf gilt hierzulande nicht. Das Pfaffenhofener Unterneh-

men bestätigte am Montag, dass es Opfer einer Erpressung ist. Laut Polizei gibt es eine entsprechende E-Mail der Täter. Die österreichische Tageszeitung „Die Presse“ berichtet, dass darin zwei Millionen Euro gefordert worden seien, sonst würden je zwei vergiftete Gläser in Geschäften im tschechischen Brno, im slowakischen Dunajská Streda und im österreichischen Eisenstadt platziert.

Nach Angaben der Polizei in Ingolstadt war eine E-Mail mutmaßlicher Täter am 16. April bekanntgeworden. Danach seien sofort alle nötigen Maßnahmen im In- und Ausland getroffen worden, hieß es. Wie „Die Presse“ berichtet, wurde die Mail bereits am 27. März abgeschickt und enthielt eine Frist bis 2. April. Die Mail sei



Der Babynahrungshersteller Hipp mit Sitz in Pfaffenhofen an der Ilm wird mit vergifteter Babynahrung erpresst. – Foto: Weigel, dpa

erst am 16. April gelesen worden. Hipp teilte mit: „Der Erpresser hat

uns eine Nachricht an ein unpersonalisiertes Sammelpostfach ge-

schickt, welches im Rahmen unserer Standardprozesse in größeren zeitlichen Abständen gesichtet wird.“ Zum Inhalt der Mail will sich die Polizei mit Verweis auf die laufenden, länderübergreifenden Ermittlungen nicht äußern, auch Hipp. Der Vorfall stehe aber in keinem Zusammenhang mit der Produktqualität des Unternehmens, versichert Sprecher Clemens Preysing auf Anfrage unserer Zeitung. „Die Produktions-, Qualitäts- und Kontrollprozesse bei Hipp sind uneingeschränkt intakt“, so Preysing. „Es handelt sich um eine kriminelle externe Manipulation außerhalb unseres Einflussbereiches in den genannten drei Märkten.“ Es lägen keine Kenntnisse von weiteren Manipulationen vor. – mgb/Bayern



Eine Bratwurst aus der Imbissbude hatte sich Brasiliens Präsident Lula da Silva (rechts) für seinen Deutschlandbesuch gewünscht – stattdessen servierte Sascha Grauwinkel (l.) ihm und Kanzler Friedrich Merz (M.) Wurstspezialitäten aus der Schlossküche. – F.: Bergmann, afp

Deutschland und Brasilien vertiefen Beziehungen

Hannover. Verdoppelung des Handels und eine engere Kooperation bei Rüstung und Rohstoffen: So wollen Deutschland und Brasilien ihre Partnerschaft weiter vertiefen. „Die Nähe zwischen unseren beiden Ländern ist notwendiger denn je in einer Zeit, in der sich die Weltordnung so grundlegend verändert“, sagte Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) nach den deutsch-brasilianischen Regierungskonsultationen in Hannover auf einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Präsident Luiz Inácio Lula da Silva. „Wir wollen den gegenseitigen Nutzen stärken, und wir wollen ein Netz starker und gleichgesinnter Partner sein.“ – dpa/
Kommentar S. 2/Wirtschaft

Zahl der Straftaten geht zurück

Kriminalstatistik: Vergehen „digitaler und brutaler“ – Gewaltkriminalität bei Kindern steigt an

Berlin. Die Zahl der polizeilich erfassten Straftaten ist im vergangenen Jahr spürbar gesunken – zugleich steigt laut der gestern veröffentlichten Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) weiter die Bedeutung Internet-bezogener Delikte und auch Sexualstraftaten nahmen 2025 zu. Kritik gab es an Einschätzungen von Bundesinnen-

minister Alexander Dobrindt (CSU) zur Rolle von Migrantinnen und Migranten.

Generell wertete Dobrindt die Entwicklung positiv. Zwar sei dies noch „kein Grund zur Entwarnung“, doch es gebe vielleicht die Chance, „langfristig einen Rückgang der Straftaten zu verzeichnen“. Der Präsident des Bundeskriminalamts (BKA),

Holger Münch, verwies allerdings auch auf Verlagerungseffekte: „Kriminalität verändert sich, sie wird digitaler, internationaler und in manchen Bereichen auch brutaler.“

Registriert wurden 5 508 559 Straftaten, 5,6 Prozent weniger als ein Jahr zuvor. Auch bei der Gewaltkriminalität gab es insgesamt einen Rückgang um 2,3

Prozent, jedoch gab es bei den Delikten Vergewaltigung, sexuelle Nötigung und sexuelle Übergriffe im besonders schweren Fall gegen den Trend eine Zunahme um 10,3 Prozent, bei Mord, Totschlag und Tötung auf Verlangen um 8,4 Prozent.

Dobrindt hob bei der Vorstellung der Statistik hervor, dass Nichtdeutsche mit einem Anteil

von 40,1 Prozent unter den Tatverdächtigen deutlich überproportional vertreten seien. Ohne Berücksichtigung von Verstößen gegen das Ausländerrecht beträgt der Anteil 35,5 Prozent.

Die Zahl der Kinder, die durch Gewaltkriminalität auf fielen, stieg um 3,3 Prozent an – auf rund 14 200 Tatverdächtige. – afp/dpa/Standpunkt/S. 2

Bundesregierung verspricht sichere Treibstoffversorgung

Hannover/Berlin. Die Bundesregierung sieht Deutschland für einen möglichen Treibstoffmangel im Zuge der Energiekrise gerüstet – warnt aber weiter vor Alarmismus. Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) kündigte „zeitnahe“ Beratungen im Nationalen Sicherheitsrat an. Über die Versorgung mit Kerosin wollten Wirtschafts- und Verkehrsministerium mit Ver-

sorgern, Flughäfen, Airlines und Verbänden heute beraten.

Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche (CDU) bekräftigte vor dem Treffen mit der Branche, dass die Versorgungssicherheit in Deutschland gewährleistet sei – sowohl bei Benzin, Diesel als auch Kerosin. Für den Fall eines Kerosinmangels hat sie Gegenmaßnahmen angekündigt. – dpa/Seite 5

Experten dämpfen Erwartung an Social-Media-Verbote

Berlin. Vielen Eltern macht die Internetnutzung ihrer Kinder Sorgen. Damit liegen sie nicht falsch, wie die Expertenkommission beim Bundesfamilienministerium jetzt in ersten Zwischenergebnissen bestätigt. Doch machen die Fachleute wenig Hoffnung auf einfache Lösungen, etwa in Form von Social-Media-Verboten für Kinder und Teenager. „Es ist zu kurz

gesprungen, nur über Altersbeschränkungen nachzudenken“, sagt der Kommissionsvorsitzende Olaf Köller.

Familienministerin Karin Prien (CDU) hatte die Kommission „Kinder- und Jugendschutz in der digitalen Welt“ im September eingesetzt. Jetzt veröffentlichten die Experten ihre ersten Ergebnisse. – dpa/
Kommentar Seite 2/Seite 4

STANDPUNKT

Recht auf Schutz

Von Christian Eckl

Wer darüber nachdenkt, welche Aufgabe ein Staat überhaupt hat, der wird auf den Schutz von Leib und Leben sowie von Hab und Gut kommen. Um die Sicherheit seiner Bürger zu gewährleisten, ist es der Staat, der das Gewaltmonopol ausübt. Statistiken bestätigen, dass ungesteuerte Migration die Zahl der Straftaten steigen lässt. Nach wie vor sind es prozentual deutlich mehr Straftaten, die von Ausländern begangen werden, als sie Anteil an der Bevölkerung haben. Da ist es eine gute Nachricht, dass die Zahl von Ausländern begangener Straftaten ebenso abnimmt wie die von Deutschen.

Straftat ist am Ende Straftat, egal, wer sie begangen hat. Dass Kinder zunehmend Täter werden, erschreckt. Und hier muss der Staat reagieren: Indem beispielsweise über die Senkung des Strafmündigkeitsalters debattiert, aber auch Prävention in den Blick genommen wird. Selbstkritisch sollten sich jene an die Nase fassen, die einerseits in den vergangenen Jahren die Rechte für Straftäter ausgebaut haben, sich andererseits aber nun die Augen über die Wahlerfolge von Populisten reiben. Der Bürger spürt, wenn der Staat die Falschen schützt. Die „ganze Härte des Rechtsstaates zu spüren bekommen“ darf keine Phrase aus Sonntagsreden sein.